

November 2016

HAUKARI e.V. in Kurdistan-Irak

Solidarität zeigen, Perspektiven schaffen, Dialogräume öffnen

Zur aktuellen Situation im Irak und Kurdistan-Irak¹

Die Militäroffensive auf Mossul

Am 16.10.2016 verkündete der irakische Ministerpräsident Haider al-Abadi vor laufenden TV-Kameras den Beginn der Militäroffensive der irakischen Armee und kurdischer Peshmerga zur Vertreibung der Terrormiliz „Islamischer Staat“ aus der nordirakischen Großstadt Mossul. Monatelang war sie angesichts zahlreicher widerstreitender Ansprüche lokaler und internationaler Akteure auf Beteiligung an der Offensive und der zukünftigen Kontrolle über Mossul verschoben worden.

Die irakische Regierung und Armee, die 2014 den IS-Vormarsch nicht hatten stoppen können, wollen nun ihre Rolle als zentrale Ordnungsmacht im Irak wiedergewinnen. Vom Iran unterstützte schiitische Milizen haben bisher bei der Rückeroberung von IS-kontrollierten Städten wie Ramadi und Falluja an der Seite der irakischen Armee gekämpft und ihrerseits schreckliche „Vergeltung“ an der arabisch-sunnitischen Bevölkerung verübt.



Geflüchtetencamp Alwand

Foto: © 2016 Mark Mühlhaus / www.attenzione-photo.com

Die Vorstellung ihres Einmarsches in Mossul versetzt die dortige arabisch-sunnitische Bevölkerung in Angst und Schrecken.

Die kurdische Regierung und ihre Peshmergaverbände, die 2014 die jesidische Bevölkerung im Sinjar-Gebirge nicht vor grausamen Massakern durch den IS und der Verschleppung von 3000 Frauen schützen konnten, haben sich seither den Ruf herausragender Kämpfer gegen den IS zurückerworben und dabei ihre Kontrolle auf bislang zwischen irakischer und kurdischer Regierung umstrittene Gebiete wie Kirkuk und Khanaqin ausgeweitet. Der kurdische Präsident Massud Barzani hatte inmitten der Konfliktsituation ein Referendum für die staatliche Unabhängigkeit von Irakisch-Kurdistan auf die politi-

¹ Teile des Textes wurden veröffentlicht im Rundschreiben 4.2016 von medico international:

<https://www.medico.de/material/rundschreiben/2016/es-geht-auch-anders/>; Eine Analyse von HAUKARI e.V. findet sich auch in der neuesten Ausgabe von Analyse und Kritik: https://www.akweb.de/ak_s/ak621/31.htm

sche Tagesordnung gesetzt und damit die irakische Regierung ebenso alarmiert wie die Nachbarn Türkei und Iran.

Auch die türkisch-kurdische PKK und die syrisch-kurdische YPG, die 2014 der vom IS bedrängten jesidischen Bevölkerung zu Hilfe kamen, sowie christliche und jesidische Selbstverteidigungsgruppen und sunnitische Milizen hatten eine aktive Rolle bei der Rückeroberung von Mossul angekündigt.

Auf diesem Hintergrund ist die nun – nicht ohne Druck der internationalen US-geführten Anti-IS Koalition – zustande gekommene Vereinbarung für die Offensive auf Mossul ein bemerkenswerter Schritt: Einzig die irakische Armee soll in Mossul einmarschieren; irakisch-kurdische Peshmerga sollen an der Stadtgrenze halt machen, schiitische Milizen außerhalb von Mossul im Westen dem IS Nachschubwege abschneiden. Die US-geführte internationale Anti-IS-Koalition gibt Unterstützung durch Luftangriffe und Militärberater. In letzter Minute hatte der türkische Ministerpräsident Erdogan eine Beteiligung der türkischen Armee erzwingen wollen. Nach einer scharfen Kontroverse mit der irakischen Regierung ist die Türkei nun nur über von ihr unterstützte sunnitische Milizen um den ehemaligen Gouverneur von Mossul an den Kämpfen beteiligt.

Die Situation in Mossul

Hoffnungen, der IS könne sich kampfflos zurückziehen, haben sich schnell zerschlagen: Abu Bakr al-Baghdadi schwor seine Anhänger auf einen erbitterten Kampf ein. Am 20.10.2016 griffen IS-Kämpfer die Stadt Kirkuk an und nährten vor Ort verbreitete Ängste vor dezentralen IS-Aktionen. Die auf Mossul vorrückenden irakischen und kurdischen Kampfverbände stießen auf Sprengfallen, unterirdische Tunnelsysteme, Scharfschützen und Auto-Selbstmordkommandos. Schon Wochen vor der Offensive hatte der IS den Kontakt der Mossuler zur Außenwelt unterbunden, Satellitenschüsseln abgebaut und Handy konfisziert und verschanzt sich nun sprengstoffbeladen inmitten von Wohnvierteln.

In der einst 3-Millionen-Stadt Mossul leben nach wie vor 1,5 Millionen Menschen; die meisten von ihnen gehören zur arabisch-sunnitischen Bevölkerungsgruppe. Letztere war nach dem Sturz des Baath-Regimes 2003 unter der US-Besatzung und der schiitisch dominierten irakischen Regierung systematisch marginalisiert worden; so sahen viele 2014 den „Islamischen Staat“ als kleineres Übel zur schiitischen Vorherrschaft. Nur auf diesem Hintergrund ist erklärlich, dass der IS in der Ölmetropole staatsähnliche Strukturen und eine öffentliche Verwaltung errichten, Steuern eintreiben und die Shari'a-Gerichtsbarkeit durchsetzen konnte. Zweifellos ist nach zweieinhalb Jahren islamistischen Terrors, der Zerstörung kultureller und historischer Güter, der Verbannung von Frauen aus dem Arbeits- und öffentlichen Leben, Rauch-, Alkohol-, Fußball- und Freudeverbieten jegliche etwaige Sympathie für den IS längst Geschichte. Heute kann der IS die Mossuler nur noch mit Androhung drastischer Strafen bei Fluchtversuchen in der Stadt halten. Die Bevölkerung sehnt die Befreiung vom IS herbei, fürchtet aber die Rückkehr der schiitischen Vorherrschaft und den Einmarsch schiitischer Milizen. Inzwischen hat die irakische Armee einen Teil der östlichen Stadtviertel von Mossul erobert; es wird gemeldet, dass die Nachschubwege für den IS im Westen abgeschnitten sind. Bisher ist die von internationalen Hilfsorganisationen erwartete Massenflucht von Mossulern ausgeblieben, weil die meisten schlicht keine Möglichkeit zur Flucht haben. Aber mit dem Vorrücken der irakischen Armee und den sich abzeichnenden anhaltenden Kämpfen steigt die Zahl der Flüchtenden täglich und liegt bereits bei 70 000.

Kurdistan-Irak: Unabhängigkeitsreferendum oder Wiederannäherung an Bagdad?

In Kurdistan-Irak wurde der Beginn der Mossul-Offensive mit einer Mischung aus Entschlossenheit, Angst und Fatalismus aufgenommen. Nach dem Sturz des Baath-Regimes 2003 hatte die kurdische

Region nach Jahrzehnten von Krieg und Terror einen Prozess wirtschaftlicher und politischer Stabilisierung erlebt. Nun wird an ihren Grenzen erneut gekämpft, läuft in allen TV-Kanälen Kriegsberichterstattung und säumen großflächige Erinnerungsfotos an gefallene Peshmerga die Straßen. Viele Menschen sorgen sich um Angehörige und Freunde, die gegen den IS kämpfen, bangen um das Schicksal der Mossuler Bevölkerung und fürchten für die Zeit nach der Vertreibung des IS eine weitere Eskalation von sunnitisch-schiitischen und kurdisch-arabischen Konflikten. Unsere Projektpartner beobachten mit Sorge, wie wieder erstarkende militaristische und nationalistische Diskurse die intensiven Debatten der letzten Jahre um demokratische Reformen und Frauenrechte von der Tagesordnung verdrängen und viele vor allem junge Menschen angesichts der Perspektivlosigkeit den gefährlichen Weg nach Europa suchen.

Seit 2014 sind 3,2 Millionen Menschen im Irak auf der Flucht; davon suchen allein ca. 1,6 Millionen Zuflucht im kurdisch verwalteten Gebiet. Die Provinzen Duhok und Erbil beherbergen die meisten Geflüchteten aus Mossul und Umgebung. Aber auch im Süden der kurdischen Region, im Germian-Gebiet der Provinz Sulaimania, suchen Zehntausende vor allem arabisch-sunnitische Menschen aus dem Zentralirak Schutz. Sie sind vor dem IS und den schiitischen Milizen geflohen und können zurzeit nicht in ihre Heimatorte zurückkehren. Die Solidarität der kurdischen Bevölkerung gegenüber den Geflüchteten ist

groß. Dies ist keineswegs selbstverständlich, denn aus Sicht der kurdisch-irakischen Gastgesellschaft, die jahrzehntelang unter dem Terror des Baath-Regimes gelitten hat, gehören die arabisch-sunnitischen Geflüchteten zur Gruppe ehemaliger Unterstützer des Regimes und stellen zudem aufgrund ihrer oft ambivalenten Haltung zum IS ein hohes Sicherheitsrisiko dar.

Die kurdische Region ist mit der Versorgung der Geflüchteten überfordert. Seit 2014 leidet sie unter einer massiven Wirtschaftskrise: Als Reaktion auf eigenständige kurdische Erdölgeschäfte überweist die irakische Regierung die 17% des Staatshaushalts, die der kurdischen Region zustehen, nur noch sporadisch: Öffentliche Angestellte erhalten seither nur gekürzte Löhne; Verwaltung, Bildungs- und Gesundheitssystem funktionieren nur eingeschränkt. Es gibt Demonstrationen und Streiks gegen ausbleibende Löhne. Seit Sommer sind in der Provinz Sulaimania Universitäten und Schulen geschlossen.

Dazu kommt eine tiefe innenpolitische Krise: Seit Präsident Massud Barzani trotz Ablauf seiner Amtszeit mit Verweis auf die instabile Lage im Amt blieb, haben sich die Gräben zwischen seiner Demokratischen Partei Kurdistan (DPK), die ihre Hochburgen in den Provinzen Duhok und Erbil hat, und den vor allem in der Region Sulaimania starken Parteien Patriotische Union Kurdistan (PUK) und Goran vertieft und sind die Sitzungen des Kurdischen Regionalparlaments ausgesetzt. Auch Barzanis Pushen der Unabhängigkeitsdebatte mitten in Krisenzeiten ist Gegenstand heftiger Debatten. Befürworter wollen die aktuell zentrale Bedeutung der kurdischen Region als Bündnispartner des Westens im Kampf gegen den IS nutzen, um kurdische Staatlichkeit durchzusetzen. Kritiker verweisen auf die wirt-



Geflüchtete Frauen und Kinder im Camp Qoratu bei Kalar

schaftliche und politische Abhängigkeit von unberechenbaren Nachbarn und votieren zunächst für Stabilisierung durch Verhandlungen mit Bagdad.

Auf dem Hintergrund der Konflikte zwischen Zentralregierung und kurdischer Regionalregierung sowie innerkurdischer Spannungen bietet die für die Mossul-Offensive geschmiedete Koalition auch die Chance der Wiederannäherung. Der „historischen“ Verkündung der gemeinsamen Offensive von irakischer Armee und kurdischen Peshmerga durch Ministerpräsident al-Abadi folgten weitere Gesten der ausgestreckten Hand: Kurz nach Beginn der Offensive kam al-Abadi zu einem Überraschungsbesuch in die kurdische Hauptstadt Erbil; die irakische Regierung stellte 8,4 Mio. US-Dollar für die ausstehende Bezahlung von Peshmerga zur Verfügung und deutet Pläne für eine Beilegung des Disputs mit der Kurdischen Regionalregierung an. Und auch innerhalb der kurdischen Region lädt Präsident Barzani alle Konfliktparteien zu Gesprächen ein.

HAUKARI – lokale Strukturen stärken, Dialogräume schaffen

In der umfassenden militärischen, humanitären, wirtschaftlichen und politischen Krise brauchen der Irak und Kurdistan-Irak dringend internationale Unterstützung. Seit 2014 leisten in Kurdistan-Irak zahlreiche internationale Hilfsorganisationen Nothilfe für Geflüchtete und bieten den Opfern und Zeugnissen der Grausamkeiten des IS, darunter jesidischen Frauen, die aus Gefangenschaft und Versklavung durch den IS fliehen konnten, psychosoziale Unterstützung. Es gibt aber auch kritische Aspekte der derzeitigen massiven humanitären Hilfe: So wird beim aktuellen Fokus auf Nothilfe für vor dem IS Geflüchtete leicht übersehen, dass sich auch die kurdischen und irakischen Gastgemeinden in akuten Notlagen befinden und zudem selbst in den letzten Jahrzehnten zahlreiche – oft bis heute unbearbeitete – Gewalterfahrungen gemacht haben. Frauenorganisationen vor Ort beklagen, dass sie zwar Mittel für die Arbeit in Geflüchtetencamps erhalten, nicht aber für die Fortsetzung ihrer langjährigen Tätigkeit zum Schutz und zur Beratung von Frauen, die von häuslicher, politischer und sozialer Gewalt betroffen sind. Zudem fließt zurzeit ein Großteil der Hilfe in die Provinzen Duhok und Erbil; zweifellos sind die Zahl der Geflüchteten und der Bedarf an Hilfe hier am größten. Dennoch birgt die vergleichsweise geringe Aufmerksamkeit für zentralirakische Geflüchtete und Gastgemeinden in Sulaimania und im Germian-Gebiet die Gefahr, oben beschriebene regionale Konflikte zu verschärfen.

Hilfe für Geflüchtete UND Gastgemeinden in der Germian-Region

Aufbauend auf der langjährigen Arbeit mit Anfal-Überlebenden im Germian-Gebiet und engen Kontakten zur lokalen Verwaltung konnte **HAUKARI** mit Unterstützung von *medico international* und zwei



HAUKARI-Nothilfe im Camp Alwand bei Khanaqin

österreichischen Förderern – der *Volkshilfe* und der Aktion *Nachbar in Not* - schon im Sommer 2014 schnelle Hilfe für Geflüchtete leisten. Seither erhalten ca. 1000 Mütter von Kleinkindern in den Geflüchteten-camps Alwand/Khanaqin, Tazade und Qoratu/Kalar und in Notunterkünften in Kifri monatlich Zusatznahrung und Hygieneartikel. Vor wenigen Tagen wurden im Camp Tazade – 300 km Luftlinie von Mossul entfernt – 62 Familien, denen die Flucht aus der belagerten Stadt gelungen ist, aufgenommen und versorgt.

Bei allen Nothilfemaßnahmen arbeitet **HAUKARI** eng mit den Beratungs- und Versorgungsstrukturen der kurdischen Regionalregierung und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen, um lokale Strukturen nachhaltig zu stärken. Zudem wird die Hilfe für Geflüchtete von sozialen und Infrastrukturprojekten für die Gastgemeinden begleitet, um bestehende Spannungen zwischen beiden Gruppen nicht zu verschärfen. So wurde z.B. 2015 das Fußballstadion von Khanaqin, in dem vorübergehend Geflüchtete untergebracht waren, renoviert. Und so entstand auch das Jugend- und Kulturzentrum in der Stadt Kifri.

Das Jugend- und Kulturzentrum Kifri

Kifri ist eine 40 000 Einwohner-Stadt im Südwesten der kurdischen Region mit einer langen Tradition friedlichen Zusammenlebens zwischen kurdischen, arabischen und turkmenischen Bevölkerungsgruppen. 1988 war Kifri ein Schauplatz der Anfal-Operationen des Baath-Regimes gegen die kurdische Bevölkerung. Zahlreiche EinwohnerInnen haben damals Angehörige verloren und leiden bis heute unter den Folgen von Gewalt und Vertreibung. Auch nach dem Sturz des Baath-Regimes 2003 blieb die weit von den städtischen Zentren entfernte Kleinstadt infrastrukturell abgeschnitten. Das wunderschöne historische Zentrum von Kifri zerfällt. Viele in der kurdisch-irakischen Region in den letzten Jahren durchgesetzte Rechte für Frauen sind hier noch nicht angekommen; Frauen sind im Stadtbild kaum präsent, Zwangsverheiratungen und Gewalt gegen Frauen in der Familie weit verbreitet. Ein Ort, an dem Arbeits- und Perspektivlosigkeit herrschen und viele Jugendliche von einem Leben in Europa träumen. Heute liegt die Stadt in unmittelbarer Nähe zur Front zwischen kurdischen Peshmerga und dem IS. Erneut hat die Stadt Tote und Verletzte zu beklagen. Ca. 500 arabisch-sunnitische Familien, die meisten aus Ramadi und Falluja, haben hier Zuflucht vor dem IS und schiitischen Milizen gefunden, leben in leer stehenden öffentlichen Gebäuden und auf Baustellen.



Kunstkurs im Jugend- und Kulturzentrum Kifri

2014 wurde das ehemalige Postgebäude von Kifri vorübergehend als Unterkunft für Geflüchtete und Peshmerga genutzt. Als das Gebäude wieder frei wurde, gründete sich eine Initiative örtlicher Kunststudenten zu seiner Nutzung als Jugend- und Kulturprojekt. Mit Unterstützung von **HAUKARI** und *medico international* wurde das Gebäude renoviert, ein kleines Museum zur Stadtgeschichte, ein Veranstaltungsraum mit Bibliothek und eine Cafeteria eingerichtet. Seither ist das Zentrum ständig gewachsen; lokale KünstlerInnen haben hier Ateliers bezogen. Im gestalteten Innenhof des Zentrums finden lange Nächte der Musik und des Gedichtes ebenso statt wie politische Abende zur aktuellen Situation im Irak und Kurdistan. Das Zentrum ist auch Anlaufstelle für Geflüch-

ten. Im Innenhof des Zentrums finden lange Nächte der Musik und des Gedichtes ebenso statt wie politische Abende zur aktuellen Situation im Irak und Kurdistan. Das Zentrum ist auch Anlaufstelle für Geflüch-

tete: Hier werden Hilfsgüter verteilt und Fußballturniere zwischen lokalen und geflüchteten Jugendlichen organisiert. Während das Zentrum anfangs von jungen Männern dominiert wurde, sind inzwischen drei Frauen im Team. Sie organisieren Nähkurse und „Beauty Salons“, in denen Frauen sich gegenseitig frisieren und schminken. Das mag traditionell klingen; aber diese Kurse sind im konservativen Kifri Begegnungsorte für Frauen, aus denen nach unserer Erfahrung schon bald soziale und politische Fraueninitiativen erwachsen werden. Zudem sind sie Dialogräume zwischen lokalen und geflüchteten Frauen.

Das Jugend- und Kulturzentrum Kifri ist eine von Jugendlichen selbst getragene Initiative, die der Perspektivlosigkeit entgegenwirkt und den Dialog zwischen Geflüchteten und Gastgemeinden fördert.



„Beauty Salon“ im Jugend- und Kulturzentrum Kifri

Das Erinnerungsforum für Anfal überlebende Frauen in Rizgary

Auch im *Erinnerungsforum für Anfal überlebende Frauen* in Rizgary findet Begegnung statt zwischen Geflüchteten und Anfal-Überlebenden. In dem von **HAUKARI** und dem *Auswärtigen Amt* geförderten



Baugrundstück für Erinnerungsforum in Rizgary

Projekt engagieren sich seit 2009 Anfal überlebende Frauen, die 1988 ihre Männer und zahlreiche Angehörige verloren haben, für eine von ihnen selbst gestaltete und verwaltete Gedenk- und Begegnungsstätte. In den letzten Jahren haben sie im Austausch mit lokalen und internationalen ArchitektInnen, KünstlerInnen und Erinnerungsprojekten Entwürfe für den Bau und die Gestaltung des Forums entwickelt, in Ausstellungen und Veranstaltungen ihre Situation und Forderungen in die öffentliche Debatte gebracht und einen Bauplatz sowie die Zusage der kurdischen Regionalregierung für die Übernahme der Baukosten erstritten. Nun stockt angesichts der Wirtschaftskrise und neuer Konflikte die Umsetzung. Die Kämpfe zwischen Peshmerga und dem IS unweit von Rizgary wühlen bei den Anfal überlebenden Frauen die Erinnerungen an eigene Gewalterfahrungen wieder auf; erneut müssen sie Söhne und Verwandte beerdigen; die Flucht arabisch-sunnitischer Familien in ihre Region konfrontiert sie nun mit der ehemaligen Tätergruppe. Einige der im Erinnerungsforum engagierten Frauen erleben die aktuelle Situation als Fortsetzung ihrer gewaltvollen Vergangenheit und fürchten, dass ihre Forderungen nach Aufarbeitung und Gerechtigkeit angesichts der neuen Konflikte in Vergessenheit geraten. Andere gehen aktiv mit

Projekt engagieren sich seit 2009 Anfal überlebende Frauen, die 1988 ihre Männer und zahlreiche Angehörige verloren haben, für eine von ihnen selbst gestaltete und verwaltete Gedenk- und Begegnungsstätte. In den letzten Jahren haben sie im Austausch mit lokalen und internationalen ArchitektInnen, KünstlerInnen und Erinnerungsprojekten Entwürfe für den Bau und die Gestaltung des Forums entwickelt, in Ausstellungen und Veranstaltungen ihre Situation und Forderungen in die öffentliche Debatte gebracht



Nähkurs von Anfal-Überlebenden für arabische Geflüchtete, Rizgary

den neuen Herausforderungen um, leisten Hilfe für Geflüchtete und sehen es als stärkend, den Geflüchteten nicht mit Ressentiments sondern Solidarität zu begegnen. Das Erinnerungsprojekt bietet den Frauen, aber auch vielen jungen Menschen der zweiten und dritten Generation von Anfal-Überlebenden, ein Forum zur Diskussion dieser unterschiedlichen Umgangsweisen. Im neu eröffneten Projektbüro direkt am Bauplatz des zukünftigen Erinnerungsforums finden Diskussionsveranstaltungen zur aktuellen Situation statt, werden Englisch-Kurse für jugendliche Geflüchtete und Jugendliche aus Rizgary angeboten und organisieren Anfal überlebende Frauen Nähkurse für arabische geflüchtete Frauen. So entstehen auch hier Dialogräume, in denen sich Frauen und Jugendliche über vergangene und aktuelle Gewalterfahrungen austauschen und Brücken bauen.

Das Frauenzentrum KHANZAD

Das von **HAUKARI** geförderte Frauenzentrum KHANZAD in Sulaimania beging in diesem Jahr seinen 20. Geburtstag: Seit 20 Jahren ist KHANZAD eine feste Größe in der lokalen Frauenrechtsbewegung und berät Frauen in Gewaltsituationen, in Zufluchtshäusern und Gefängnissen. Eine Feier gab es aufgrund der Krisensituation nicht. Stattdessen hat KHANZAD seine Arbeit in die Konfliktregion Germian ausgeweitet. Schon seit 2014 haben MitarbeiterInnen von KHANZAD im Rahmen von Nothilfemaßnahmen in Geflüchtetencamps der Germian-Region Frauen sozial und rechtlich beraten. Im Juli 2016 haben **HAUKARI** und das Frauenzentrum KHANZAD, Sulaimania in Kooperation mit *medica mondiale* und Förderung des *Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)* ein neues Projekt begonnen: Ziel ist die Stärkung lokaler zivilgesellschaftlicher und staatlicher Strukturen in der psychosozialen Beratung von Frauen und Mädchen mit geschlechtsspezifischen Gewalterfahrungen.

Das 3-Jahres-Projekt verbindet Beratung von Frauen in Geflüchtetencamps und Gastgemeinden mit der Sensibilisierung von lokalen Polizeikräften und der Qualifizierung lokaler Fachkräfte aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Beratungsstrukturen.



Workshop mit geflüchteten Frauen, Alwand-Camp, Sept. 2016



Workshop mit lokalen BeraterInnen, Oktober 2016

Während *medica mondiale* in der Region Duhok arbeitet, konzentrieren sich die Aktivitäten von **HAUKARI** und KHANZAD auf die Germian-Region. In den letzten Monaten wurden in enger Zusammenarbeit mit dem staatlichen *Direktorat zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen* und zivilgesellschaftlichen Partnern Beratungsstellen für Frauen in den Geflüchtetencamps der Region aufgebaut und eingerichtet, Informationsveranstaltungen für geflüchtete Frauen zu ihren Rechten in der kurdischen Region und sensiblen Themen wie Zwangsverheiratungen und Kinderehen aber auch zu Gesundheits- und Ernährungsfragen angeboten. Auch in den Distriktstädten der Region, in Khanaqin, Kifri und Kalar

werden staatliche Anlauf- und Schutzstellen für Frauen gestärkt. MitarbeiterInnen zivilgesellschaftlicher und staatlicher Beratungsstellen erhalten Supervision und Fortbildung in psychosozialer Beratung; Polizeikräfte werden für den Umgang mit Frauen in Gewaltsituation und der Verfolgung von Tätern geschult. Wichtige Querschnittskriterien bei allen Aktivitäten sind die Nutzung und Systematisierung lokal entwickelten Fachwissens in der psychosozialen Beratung sowie die Stärkung der zivilgesellschaftlich-staatlichen Zusammenarbeit zum Schutz und zur Beratung von Frauen in Geflüchteten-camps UND Gastgemeinden.

Lokale Ressourcen nutzen – Synergien fördern: HAUKARI-Projekte rücken zusammen

In der aktuellen Konfliktsituation rücken die von **HAUKARI** geförderten Projekte zusammen: In den Geflüchteten-camps ergänzen sich die Teams vom Frauenzentrum KHANZAD mit den Nothilfe-Teams von **HAUKARI**. KHANZAD nutzt Räume und Kontakte des Erinnerungsforums Rizgary ebenso wie des Jugend- und Kulturzentrums Kifri für die Durchführung von Veranstaltungen für geflüchtete Frauen und Polizeischulungen.



KHANZAD-Schulung für Polizeikräfte im Jugend- und Kulturzentrum Kifri, Juli 2016



Alle Projekte haben eines gemeinsam: Angesichts der immensen Herausforderungen, vor denen IrakerInnen und KurdInnen zurzeit stehen, der politischen Neugestaltung des Irak nach der Vertreibung des IS und dem Umgang mit den physischen und psychischen Wunden, die der IS und der Kampf gegen ihn geschlagen haben, sind sie kleine aber wichtige Bausteine zur Stärkung lokaler Selbsthilfestrukturen und Schaffung von Dialogräumen zwischen den verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen im Irak.

Für die Unterstützung unserer Projektpartner und die Weiterführung unserer Arbeit benötigen wir dringend Spenden!

Hier ist unser neues Konto bei der Bank für Sozialwirtschaft:

HAUKARI e.V., IBAN DE82 5502 0500 0008 6286 00 BIC: BFSWDE33MNZ

Kontaktadressen:

Susanne Bötte, Falkstr. 34, 60487 Frankfurt, Tel. 069 / 7076 0278
Karin Mlodoch, Tel. 0160 / 9777 4422, Email: mlodoch@hawkari.de
Email: info@hawkari.de, Internet: www.hawkari.de

Bankverbindung:

Name: HAUKARI e.V.
IBAN: DE82 5502 0500 0008 6286 00
BIC: BFSWDE33MNZ

